



Landkreis Neunkirchen
Landrat Sören Meng
Wilhelm-Heinrich-Straße 36
66564 Ottweiler

Kreistagsmitglieder
FREIE WÄHLER
Bündnis90/Die Grünen
Wilhelm-Heinrich-Straße 36
66564 Ottweiler/Saar

Neunkirchen, den 20.11.2025

**Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Kreistagssitzung gemäß § 41 KSVG
sowie auf regelmäßige Befassung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales mit der
Krankenhausplanung**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Kreistagsmitglieder der FREIEN WÄHLER sowie von Bündnis 90/Die Grünen stellen hiermit gemäß § 41 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) den Antrag, unverzüglich eine öffentliche außerordentliche Kreistagssitzung zum Themenkomplex Krankenhausplanung im Landkreis Neunkirchen einzuberufen.

Gegenstand der Sondersitzung soll insbesondere sein, dass der Landrat den Kreistag umfassend über den aktuellen Stand der geplanten Krankenhausplanung in der Kreisstadt Neunkirchen informiert und offene Fragen der Kreistagsmitglieder beantwortet.

Darüber hinaus beantragen die unterzeichnenden Kreistagsmitglieder, dass:

- 1. der Ausschuss für Gesundheit und Soziales künftig in regelmäßigen Abständen tagt,**
- 2. der Ausschuss sich fortlaufend und strukturiert mit der Krankenhausplanung im Landkreis befasst,**
- 3. allen im Kreistag vertretenen Parteien und Gruppierungen – einschließlich der fraktionslosen Kreistagsmitglieder der FREIEN WÄHLER sowie von Bündnis 90/Die Grünen – nicht nur die Teilnahme an den Ausschusssitzungen ermöglicht wird,**
- 4. sondern diese Kreistagsmitglieder ein Rederecht in den Sitzungen erhalten, sodass eine transparente und vollumfängliche Diskussion gewährleistet ist.**

Begründung:

Die Krankenhauslandschaft im Saarland befindet sich in einem tiefgreifenden Transformationsprozess, der erhebliche Auswirkungen auf die gesundheitliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Neunkirchen hat. Die Planungen betreffen insbesondere den Standort der Kreisstadt Neunkirchen und haben weitreichende strukturelle, soziale und medizinische Konsequenzen.

Vor dem Hintergrund der bestehenden Unsicherheiten, zahlreicher offener Fragen sowie der großen öffentlichen Bedeutung ist es erforderlich, den Kreistag zeitnah, umfassend und transparent zu informieren. Eine außerordentliche Kreistagssitzung ist daher geboten, um den Informationsstand aller Mandatsträger auszugleichen und eine sachgerechte politische Bewertung zu ermöglichen.

Zudem erscheint es unabdingbar, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales – als das für diesen Themenkomplex maßgebliche Gremium – regelmäßig und in angemessenen Intervallen tagt, um die Entwicklungen eng zu begleiten. Nur durch eine kontinuierliche, transparente und parteiübergreifende Befassung kann eine verantwortungsvolle Steuerung und Bewertung der Krankenhausplanung gewährleistet werden.

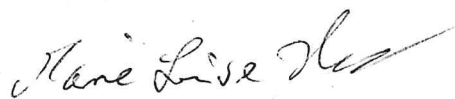
Da die Krankenhausplanung den gesamten Kreistag betrifft und nicht an Fraktionsstärken gebunden sein darf, ist es sachgerecht und demokratisch geboten, allen gewählten Kreistagsmitgliedern, auch den Parteien ohne Fraktionsstatus, die Teilnahme und das Rederecht im Ausschuss einzuräumen. Dies fördert die Transparenz, stärkt den politischen Diskurs und ermöglicht eine am Gemeinwohl orientierte Entscheidungsfindung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.



Michael Brenner
FREIE WÄHLER Kreistagsmitglied



Marie Luise Herber
Bündnis90/Die Grünen Kreistagsmitglied